

# Landrat als „Insolvenzverwalter“: Kreis fehlen 19 Millionen

Jörg Schwinn/echo-online



© Archivfoto: Joaquim Ferreira

**Frank Matiaske legt dem Odenwälder Kreistag einen Haushalt vor, den er selbst nicht für genehmigungsfähig hält. Und das trotz Erhöhung der Kreisumlage.**

**Echo-online, Jörg Schwinn**

Odenwaldkreis/Erbach. Politisch etwas in der Region gestalten? Das ist lange vorbei. „Zum Insolvenzverwalter degradiert“ sei er als Odenwälder Landrat, ebenso wie seine Kollegen in anderen Regionen – allerdings ohne die Steuerungsmöglichkeiten, die selbst ein Insolvenzverwalter besitze. Frank Matiaske wählte einen drastischen Vergleich, als er im [Odenwälder](#) Kreistag jetzt den Haushalt für 2025 vorlegte.

## Haushalt als „Zeichen der Hoffnungslosigkeit“

Das Papier, spitzte er weiter zu, sei „ein Zeugnis des Frustes und der Hoffnungslosigkeit“. Und dabei für ihn selbst ein Novum: Denn in 17 Jahren im politischen Hauptamt, zunächst als Breuberger Bürgermeister und heute als Landrat, habe er stets Etats präsentiert, die später auch genehmigt wurden. Diesmal aber dürfte das wahrscheinlich anders sein: „Ich gehe nämlich nicht davon aus, dass der Haushalt, so wie ich ihn heute vorlege, auch genehmigungsfähig ist“, so Matiaske. Indem er ihn trotzdem einbringe, wolle er zum einen

den Kreistag vollumfänglich über die Finanzsituation informieren. Und zum anderen den Bürgern aufzeigen, „wo wir stehen und was die Ursachen dafür sind, dass wir dort stehen“.

In Zahlen gefasst, heißt das: Im Haushaltsentwurf klafft ein Loch von 18,9 Millionen Euro. Das resultiert aus Aufwendungen, die seit dem erstmaligen Knacken der 200-Millionen-Marke 2023 binnen zwei Jahren um rund 40 Millionen gestiegen sind, nämlich auf 242 Millionen Euro. Die Erlöse liegen dagegen nur bei 223,1 Millionen – obwohl eine Erhöhung der Kreis- und Schulumlage enthalten ist: Die steigt um einen Punkt auf insgesamt 58 Prozent (36,6/21,4), was für den Kreis Mehreinnahmen von 1,6 Millionen Euro bedeutet.

Gehe der Kreis diesen Schritt nicht, dann liege das Defizit bei 20,5 Millionen Euro, sagte der Landrat – wohl wissend, dass die zusätzlich abfließenden Mittel auch bei den Städten und Gemeinden „schmerzlich fehlen“. 58 Prozent entsprächen übrigens dem über Jahre in der Hessischen Gemeindeordnung festgeschriebenen Höchstbetrag. Dort allerdings findet er sich inzwischen nicht mehr: Das habe seinen Grund, hätten die Aufsichtsbehörden stets betont. Denn um den gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich zu erzielen, müsste dieser Satz im Odenwald eigentlich bei 69 Prozent liegen. Nicht machbar, ergänzte Matiaske: „Unsere Städte und Gemeinden wären kahlgefressen, sollte dies Realität werden.“

Unter Verweis auf die „katastrophale“ finanzielle Situation nahezu aller Kreise übte er scharfe Kritik Richtung Wiesbaden und Berlin. Das Land und besonders der Bund bürdeten den Landkreisen und so auch dem Odenwald immer neue Aufgaben auf, ohne die notwendigen Mittel dafür bereitzustellen. Der Kreis bezahle die Zeche für Dinge, die andere bestellten; auf diese Weise werde das „fragile Gleichgewicht unserer Kommunen zerstört.“ Von kommunaler Selbstverwaltung – eigentlich eine Vorgabe des Grundgesetzes – könne keine Rede mehr sein.

## **Matiaske: Beschlüsse im Kreis allesamt von Bund und Land vordiktirt**

Matiaske hob hervor, dass die enorme Steigerung der Aufwendungen im Etat 2025 nichts mit Entscheidungen des Kreises zu tun habe. „Wir haben keinen einzigen Beschluss gefasst, der nicht aus Berlin oder Wiesbaden vordiktirt gewesen wäre.“ Vor diesem Hintergrund forderte er eine bedarfsgerechte Finanzausstattung für die kommunale Familie, eine faire Lastenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen und eine ehrliche Überprüfung der kommunalen Finanzierung auf Landes- und Bundesebene. „Die Kreise und der Odenwaldkreis sind keine Selbstbedienungsläden, in denen man beliebig neue Aufgaben ablädt, ohne einen gerechten finanziellen Ausgleich zu schaffen“, hob er hervor.

Die Kreisverwaltung verzeichne 2025 keinen Stellenzuwachs, setzt ihr Personal aus Sicht des Landrats effizient ein, dazu würden nur absolut nötige Investitionen getätigt und Fördermittel genutzt. „Wir tun, was wir können – aber es reicht nicht“ angesichts der bestehenden Rahmenbedingungen, so sein ernüchtertes Fazit. Haupttreiber auf der Ausgabenseite seien die stetig wachsenden Kosten für Soziale Sicherung, Jugendhilfe, Landesaufgaben und Öffentlichen Personennahverkehr. Dazu seien die Rückstellungen für

Beamtenpensionen um mehr als sechs Millionen Euro gestiegen, und die Umlage für den Landeswohlfahrtsverband erhöhe sich ebenfalls.

## **Ein bisschen Hoffnung gibt es dennoch**

Matiaske forderte von Bund und Land Antworten und Lösungen. „Wir brauchen eine auskömmliche Finanzierung, wir brauchen genug Geld, um unsere Pflichtaufgaben erfüllen zu können, ohne jedes Jahr aufs Neue wieder in Haushaltsnöten zu stecken.“ Er hofft zum einen darauf, „dass die katastrophale finanzielle Situation nahezu aller Kreise dazu führt, dass Finanzvorschriften in Hessen endlich angepasst werden“.

Und setzt zum anderen auf Verbesserungen in den Kommunen durch die von CDU und SPD in Berlin geplanten Investitionen, die in dieser Woche im Bundestag (der hat am Dienstag zugestimmt) und Bundesrat beschlossen werden sollen – Verbesserungen, die in den nächsten Wochen in den Haushalt eingearbeitet werden können.

Würden diese Schritte umgesetzt, könne der Kreistag – wahrscheinlich in seiner Sitzung am 28. April – „über einen anderen Haushalt diskutieren und ihn dann hoffentlich auf den Weg bringen als den, den ich ihnen heute vorlege“, so der Landrat.